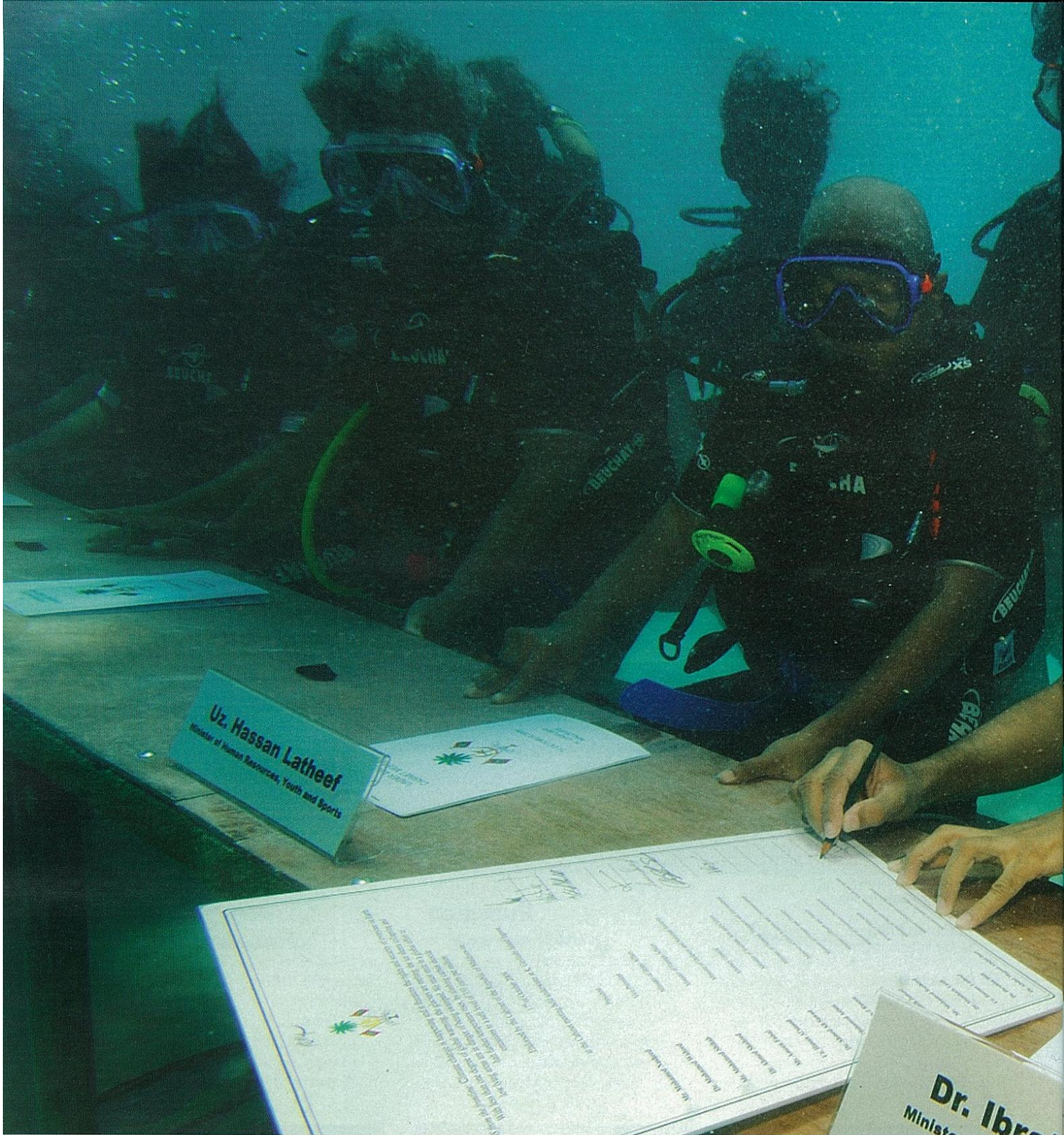
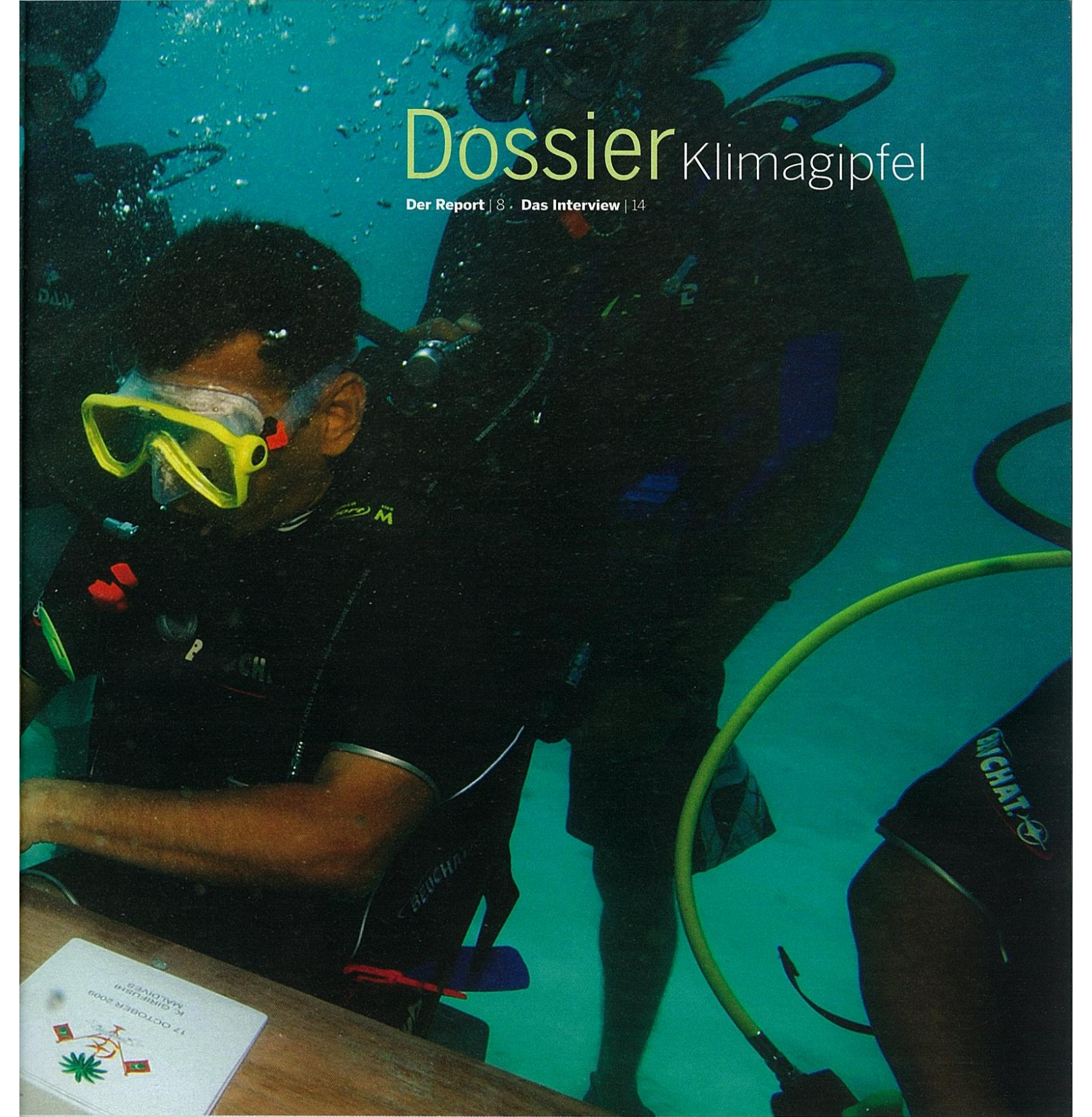




Land unter

Report | Noch fühlen sich viele Unternehmen in der EU durch den Emissionshandel benachteiligt. Doch immer mehr deutsche Firmen sehen eine Chance darin, frühzeitig auf CO₂-sparende Technologien zu setzen



Dossier Klimagipfel

Der Report | 8 · Das Interview | 14

Unterwasserkabinett: Mohamed Nasheed, Präsident der Malediven (2. v. re.), appelliert aus dem Indischen Ozean an den Klimagipfel

VON SABINE GUSBETH

VIER METER UNTER DEM MEERESSPIEGEL. Mohamed Nasheed taucht. Der Präsident des Inselstaates Malediven versammelt im Oktober sein Kabinett auf dem Grund des Indischen Ozeans. Von dort aus schicken sie ein „SOS von der Frontlinie“ an die Welt – von der Frontlinie des Klimawandels.

Die PR-Aktion ist der dramatische Hilferuf an die 192 Teilnehmer des UN-Klimagipfels im Dezember in Kopenhagen: Sie sollen sich endlich auf weltweite CO₂-Sparziele einigen.

Un erwartete Unterstützung erhält Nasheed, 42, von deutschen Großkonzernen. Gleich vier DAX-Chefs haben die →

→ Kampagne „Seal the Deal“ (Einigt euch) unterzeichnet: Jürgen Hambrecht (BASF), Kasper Rorsted (Henkel), Frank Appel (Post) und René Obermann (Telekom). Auch Peter Löscher, Siemens-Chef und Vorsitzender der Industrieinitiative Wirtschaft für Klimaschutz, fordert ein internationales Abkommen.

Doch während Nasheed um die Existenz seiner Heimat bangt, wittern die deutschen Konzerne ein Milliardengeschäft. Die Unternehmensberater von Roland Berger gehen davon aus, dass der Weltmarkt für Umweltindustrie bis 2020 auf 3,1 Billionen Euro anwächst – und damit wichtiger wird als traditionelle Industriezweige wie Fahrzeug- und Maschinenbau.

Dabei ist gerade die Industrie einer der Hauptverursacher von CO₂-Emissionen – und das seit Jahrzehnten. CO₂ entsteht beim Verbrennen fossiler Brennstoffe wie Kohle und Öl. Die Industrialisierung ließ seine Konzentration in der Atmosphäre dramatisch ansteigen. Werden die Emissionen nicht reduziert, erwärmt sich die Erde weiter, die Gletscher schmelzen, der Meeresspiegel steigt. Für die Malediven und viele Küstenregionen rund um den Globus hieße das: Land unter. Nasheeds Inselreich ragt gerade mal einen Meter aus dem Indischen Ozean.

Atmosphärische Abfallhalde

35 Meter über Normalnull. Ottmar Edenhofer, Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, warnt: „Will man den gefährlichen Klimawandel vermeiden, so darf die Menschheit für den Rest des Jahrhunderts noch maximal 850 Gigatonnen CO₂ in der Atmosphäre ablagern.“ Wenn wir weitermachen wie bisher, wäre die „atmosphärische Abfallhalde in weniger als 30 Jahren voll“. Allein in den letzten zehn Jahren haben wir bereits 300 Gigatonnen emittiert, weiß Edenhofer. Als einer der Vorsitzenden des Weltklimarats IPCC wünscht er sich, dass sich die Staaten in Kopenhagen auf ein globales

Kohlestoffbudget und die Modalitäten zu dessen Verteilung und Bewirtschaftung einigen.

Doch welches Land welchen Anteil am globalen Budget erhält, darüber streiten die 192 Teilnehmer des Klimagipfels in Dänemark (siehe Interview S. 18). Dabei geht es, wie immer, ums Geld. Denn je stärker die Schloten qualmen, desto stärker wachsen Wirtschaft und Bruttosozialprodukt – aber auch die CO₂-Emissionen. Am Tagungsort auf der Kopenhagener Insel Amager haben die Gipfelteilnehmer die Risiken und Chancen des Klimawandels direkt vor Augen. Amager liegt nur wenige Meter über dem Meeresspiegel – und ist eine ehemalige Mülldeponie.

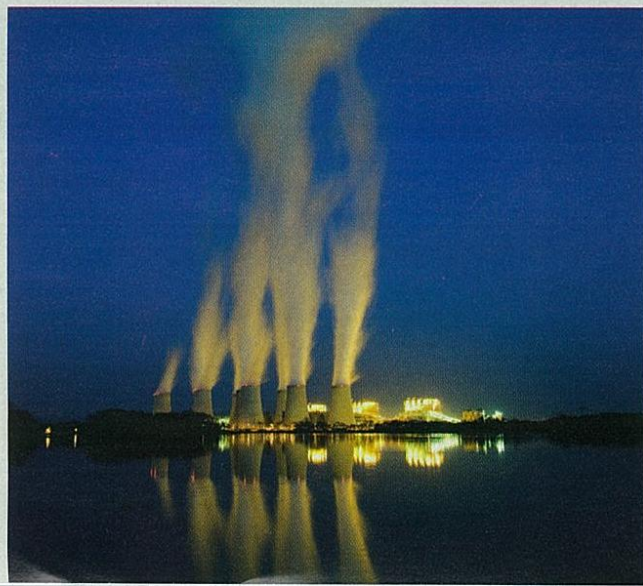
Doch obwohl ein Zehntel der Weltbevölkerung in Küstennähe und weniger als zehn Meter über Normalnull lebt und obwohl unzählige Wirtschaftszentren wie New York, Mumbai oder Shanghai am Meer liegen, sträuben sich viele Regierungen, verbindliche CO₂-Limits festzulegen. Auch die meisten Unternehmen sahen darin bislang einen Wettbewerbsnachteil. Nun aber begreifen immer mehr Konzernlenker Klimaschutz als Wachstumschance. Bereits heute beherrschen deutsche Firmen fast ein Drittel des Weltmarkts für umweltfreundliche Technologien wie Windkraft, Solartechnik und Gebäudedämmung. In Zukunft versprechen zudem Innovationen zu Abspaltung und Recycling von CO₂ ein hohes Gewinnpotenzial.

So gewinnen die Themen Klima und Umweltschutz auch für institutionelle Investoren an Bedeutung. Ein Unternehmen, das den Klimawandel heute nicht in seine strategischen Überlegungen einbezieht, „lässt Zweifel aufkommen, ob es überhaupt in der Lage ist, auf veränderte Rahmenbedingungen zu reagieren“, betont Caspar von Blomberg, Geschäftsführer des Carbon Disclosure Project (CDP) Deutschland.

Hinter dem Projekt stecken 475 institutionelle Investoren, die ein Vermögen von 55 Billionen US-Dollar verwalten. Jedes Jahr hinterfragen sie bei den weltweit größten kapitalmarktnotierten

FOTOS: RAINER WESTFAL (1), BLOOMBERG NEWS (1), MARK CONLIN/SEATOPS (1), PICTURE ALLIANCE/DPA (1/W)

Sichtbare Folgen: Vattenfall-Braunkohlekraftwerk in Jämschwalde, CO₂-Messuhr der Deutschen Bank in New York,



Unternehmen, wie diese ihre Treibhausgasemissionen managen. Auf Zweifel an der Zukunftsfähigkeit von Unternehmen reagieren Investoren besonders empfindlich. „Darauf sollten auch private Anleger viel stärker achten“, fordert von Blomberg.

Rund 80 Meter über Normalnull. Salzgitter verweigert. Der Stahlkonzern ist das einzige DAX-Unternehmen, das in diesem Jahr nicht an der CDP-Umfrage teilgenommen hat. Dagegen stammt der weltweit beste Klimabericht vom Chemiekonzern Bayer aus Leverkusen – immerhin 60 Meter über dem Meeresspiegel. „Das ist eine sehr hohe Auszeichnung für unsere strategische Ausrichtung“, freute sich CEO Werner Wenning.

Erstmals hat das CDP in diesem Jahr nicht nur die Klimaberichte geprüft, sondern auch, ob die Konzerne ihre eigenen CO₂-Sparziele erreichen. Dabei landeten Allianz, BASF und Siemens unter den besten zwölf Unternehmen weltweit.

Ausdrücklich betont von Blomberg die positive Wirkung des europäischen Emissionshandelssystems: Die Unternehmen, die daran teilnehmen müssen, „haben sowohl beim Klima-Reporting als auch in der Klima-Performance einen deutlichen Vorsprung, weil sie sich früher mit dem Thema CO₂-Reduktion auseinandersetzen mussten“.

Preisschild für CO₂

70 Höhenmeter. Brüssel leuchtet. Die dortigen EU-Vertreter gingen mit gutem Beispiel voran. Sie waren die Ersten, die ein verbindliches Emissionshandelssystem einführten. Die EU legt dabei eine Obergrenze für CO₂-Emissionen der beteiligten Unternehmen fest. 2008 waren das 2,1 Billionen Tonnen.

Die Unternehmen müssen sich mit so vielen CO₂-Zertifikaten eindecken, wie sie Tonnen CO₂ in die Atmosphäre blasen. Je mehr Luft verschmutzt wird, desto teurer wird es für den Verursacher. Die Firmen können selbst entscheiden, was für sie

billiger ist: eigene Emissionen selbst einsparen oder Zertifikate von anderen Unternehmen kaufen. Auf diese Weise entsteht ein betriebswirtschaftlicher Anreiz, CO₂-arme oder gar emissionsfreie Produktionstechnologien zu entwickeln.

So weit die Theorie. Doch in der Praxis sind große Bereiche vom Emissionshandel noch immer ausgenommen: Verkehr und Gewerbe etwa, aber auch private Haushalte. Zwar hat die EU gerade beschlossen, dass ab 2012 auch Luft- und Schifffahrt einbezogen werden. Doch bislang müssen lediglich Energieerzeuger und energieintensive Industrien daran teilnehmen.

EU-weit betrifft das 11 000 Anlagen, in Deutschland sind es knapp über 1000. Sie erhalten ihren Anteil am deutschen Budget von 451 Millionen Zertifikaten. Allerdings bekommen die Kraftwerksbetreiber bis Ende 2012 noch über 90 Prozent der Verschmutzungsrechte vom deutschen Staat geschenkt. Die restlichen 40 Millionen werden ab Januar 2010 erstmals versteigert.

Rund 40 Meter über Normalnull. Hans-Jürgen Nantke verteidigt: Zwar widerspreche es dem Prinzip des Emissionshandels, dass die Unternehmen einen Großteil der Zertifikate gratis zugeteilt bekommen. „Sinnlos ist es trotzdem nicht“, betont der Leiter der Deutschen Emissionshandelsstelle (DEHSt) in Berlin. Schließlich haben die Zertifikate am Markt einen Wert. Daher könne es für Unternehmen „dennoch ökonomisch sinnvoll sein, Emissionen einzusparen“, begründet er.

Die beteiligten Firmen sind für rund 50 Prozent der Emissionen in Deutschland verantwortlich. Letztes Jahr haben sie ihren CO₂-Ausstoß um über drei Prozent gesenkt, weiß der DEHSt-Chef. Insgesamt verkleinerte sich der deutsche CO₂-Beitrag lediglich um 1,2 Prozent auf etwa 830 Millionen Tonnen.

Dennoch hat Deutschland sein CO₂-Ziel aus dem Kyoto-Protokoll für 2012 schon heute erfüllt und die Emissionen im Vergleich zu 1990 um 21 Prozent gesenkt. Und das, obwohl in Deutschland rund ein Drittel der erzeugten Energie aus →

absterbendes Korallenriff, starke Luftverschmutzung durch Kohlekraftwerke und andere Abgase in China



Weltweite Scope-1-Treibhausgas-Emissionen in metrischen Tonnen CO₂-e, 2008

euro

6700000

Dt. Post

4500000

Linde

4000000

Bayer

3640000

Daimler

1678407

Volkswagen

1480000

Siemens

818900

Henkel

375427

Dt. Telekom

375425

BMW

184000

Merck

145355

MAN

110000

SAP

73762

Allianz

27815

Dt. Bank

24689

Beiersdorf

9500

Adidas

8891

Münchener Rück

Der dampfende DAX

Wie viel direkte Treibhausgasemissionen ein Unternehmen aus stationären Quellen in die Luft bläst, hängt von der Art seiner Energieversorgung, aber auch seiner Größe ab

Daten nicht öffentlich: Commerzbank, Dt. Börse, Fresenius, Fresenius Medical Care, Lufthansa, ThyssenKrupp

Keine Angabe der Scope-1-Emissionen: Infineon, K+S

Nicht teilgenommen: Salzgitter

Quelle: CDP, Unternehmensangaben

→ Kohlekraftwerken stammt. Bis 2050 sollen es sogar minus 95 Prozent werden. Andere Länder sind da weniger erfolgreich.

Doch das Zögern ist teuer. Käme es in Kopenhagen zu einer CO₂-Vollbremsung, wären für die Staatengemeinschaft bis 2020 jährlich 250 Milliarden Dollar fällig, rund ein Prozent der Weltwirtschaftsleistung. Denn so viel kostet der Wandel zu einer emissionsarmen Volkswirtschaft (Low Carbon Economy), genauer: die Umstellung auf einen hohen Anteil an Energiegewinnung aus Erneuerbaren Energien und Zukunftstechnologien, die Abspaltung und Recycling von CO₂ ermöglichen.

Für jedes weitere Jahr ungebremsten Klimawandels kämen nach Berechnungen der Internationalen Energiebehörde 500 Milliarden Dollar dazu. Je früher also die internationale Staatengemeinschaft die Kehrtwende einleitet, desto billiger. Doch noch ist sie davon meilenweit entfernt.

Selbst in der EU ist nur ein kleiner Anteil energieintensiver Unternehmen vom Emissionshandel betroffen, und diese zahlen nur einen Bruchteil ihrer Verschmutzungsrechte. Das ändert sich ab 2013. Dann müssen die Energieproduzenten in der

ANZEIGE



EU sämtliche CO₂-Zertifikate ersteigern. Zudem wird der Handel auf alle europäischen Firmen ausgeweitet, die mehr als 10000 Tonnen CO₂ pro Jahr emittieren. Das entspricht 95 Prozent der EU-Industrie. Zunächst müssen sie nur 20 Prozent ihrer CO₂-Zertifikate ersteigern, bis 2025 soll der Anteil auf 100 Prozent steigen.

Ausgenommen sind allerdings energieintensive Firmen, die besonders im internationalen Wettbewerb stehen. Sie bekommen ihre Verschmutzungsrechte vorerst weiter gratis zugeteilt. Begründung: Sie seien gegenüber Konkurrenten aus Ländern ohne Emissionsvorschriften besonders benachteiligt. Die betroffenen Firmen warnen davor, dass sich emissionsreiche Industrien sonst ins Nicht-EU-Ausland verlagern. Dieses Phänomen nennt man CO₂-Leck (Carbon-Leakage).

Experten wie Ottmar Edenhofer und Günther Bachmann halten dieses Problem jedoch für überbewertet. Bachmann berät als Generalsekretär des Nachhaltigkeitsrats die Bundesregierung. Er hat beobachtet, dass die Abwehrhaltung vieler Unternehmen hierzulande bereits abnimmt und die Teilnahme am

CO₂-Handel immer mehr zu einem Wettbewerbsargument wird. Immerhin biete dieser Anreize, Innovationen im Bereich der Energieeffizienz voranzutreiben.

Chance statt Nachteil

„Wer sich daran heute nicht beteiligt und weiter CO₂ emittiert, bekommt morgen Probleme in puncto Wettbewerbsfähigkeit“, glaubt Bachmann. Dabei könne Deutschland als Industrie- und Innovationsstandort zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: „Eine Energieversorgung organisieren, die CO₂-arm oder gar frei von CO₂ und damit weniger teuer ist. Und diese Technologien exportieren.“

Malediven-Präsident Mohamed Nasheed träumt auch von einem CO₂-neutralen Inselreich. Um die Emissionen zu egalieren, die die per Flugzeug angereisten Touristen verursachen, will er sogar in der EU CO₂-Zertifikate kaufen. Vielleicht erspart ihm das in Zukunft Kabinettsitzungen im Indischen Ozean – vier Meter unter dem Meeresspiegel.  →

Unsere Erfahrung macht uns bereit - bereit für das, was vor uns liegt

Bereit, durch über 75 Jahre Erfahrung in Vermögensanlagen. Bereit, da wir alle Marktsituationen so oder ähnlich schon erlebt und gemeistert haben. Bereit, in allen Assetklassen mit einem Team erstklassiger Fondsmanager. Bereit, unsere klaren und bewährten Anlagestrategien anzuwenden. Bereit, Chancen zu ergreifen – im Interesse unserer 350.000 Anleger weltweit.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.mandg.de

ÜBER 75 JAHRE ERFAHRUNG MIT VERMÖGENSANLAGEN & EINES DER FÜHRENDEN INVESTMENTHÄUSER EUROPAS & ÜBER 175 MRD. EURO VERWALTETES FONDSVERMÖGEN
IT'S WHAT WE ADD THAT MAKES THE DIFFERENCE



Ausschließlich für Ihren Gebrauch bestimmt. Nicht zur Weiterleitung an andere Personen oder Einrichtungen. Das vorliegende Dokument richtet sich ausschließlich an Investment-Experten. Quelle: M&G-Statistik, Stand 30. Juni 2009. Der jeweils gültige Prospekt und vereinfachte Prospekt, der gültige Rechenschaftsbericht und gegebenenfalls der anschließende Halbjahresbericht sind kostenlos in Papierform erhältlich beim ACD: M&G Securities Limited, Laurence Pountney Hill, London, EC4R 0HH, GB, oder der deutschen Informationsstelle: J.P. Morgan AG, Junghofstr. 14, D-60311 Frankfurt am Main und bei M&G International Investments Limited, Niederlassung Deutschland, Bleidenstrasse 6-10, D-60311 Frankfurt. Bitte lesen Sie vor der Zeichnung von Anteilen den Verkaufsprospekt, in dem die mit diesen Fonds verbundenen Anlagerisiken aufgeführt sind. Diese Finanzwerbung wird herausgegeben von M&G International Investments Ltd. (eingetragener Sitz: Laurence Pountney Hill, London EC4R 0HH), von der Financial Services Authority (FSA) autorisiert und beaufsichtigt. SEP 09 / 26155EUR



Karl Friedrich Falkenberg | Generaldirektor Umwelt der EU-Kommission

„Wir müssen Überzeugungsarbeit leisten“

Seit Anfang des Jahres ist Karl Friedrich Falkenberg, 57, die rechte Hand von EU-Umweltkommissar Stavros Dimas. Als Generaldirektor der Umweltabteilung der EU-Kommission ist er der Chefunterhändler der EU bei den Verhandlungen um ein Kyoto-Nachfolgeabkommen

€uro: Herr Falkenberg, worum geht es bei den UN-Klimaverhandlungen im Dezember in Kopenhagen eigentlich?

Karl F. Falkenberg: Die Hauptverschmutzerländer müssen sich verpflichten, ab sofort ihre CO₂-Emissionen zu reduzieren: Die entwickelten Länder müssen sich auf CO₂-Sparziele einigen. Von den Entwicklungsländern wollen wir die Zusage, dass sie das Wachstum ihrer CO₂-Emissionen in den kommenden Jahren eindämmen. Und wir brauchen ein Finanzpaket, mit dem die entwickelten Länder die Reduktionsanstrengungen der Entwicklungsländer finanziell unterstützen.

€uro: Derzeit wachsen die Zweifel, dass es in Kopenhagen zu einem rechtlich verbindlichen Abkommen kommt. Glauben Sie noch daran?

Falkenberg: Ich wage im Moment zu bezweifeln, dass wir uns in Kopenhagen auf einen voll ausformulierten internationalen Abkommenstext einigen werden. Aber wir müssen unbedingt verpflichtende Reduktionsziele festlegen. Und zwar mit mehr Teilnehmern als im Kyoto-Protokoll. Die USA müssen mitmachen und auch

große Entwicklungsländer wie China, Indien, Brasilien und Russland.

€uro: Welche Rolle spielt die EU bei den Klimaverhandlungen?

Falkenberg: Eine sehr wichtige. Wir sind die Einzigen, die die Kyoto-Ziele bisher einhalten, und wir sind auch die Ersten, die Finanzvorschläge gemacht haben.

€uro: Aber solange sich die USA nicht festlegen, wollen auch die Schwellenländer keine Zusagen machen.

Falkenberg: Genau das ist das Problem. Jeder achtet auf jeden. Denn viele haben mit dem Kyoto-Protokoll schlechte Erfahrungen gemacht.

€uro: Wieso das?

Falkenberg: Der einzige Erfolg des Kyoto-Protokolls ist, dass es besteht. Es hat das Thema Klima auf die internationale Tagesordnung gesetzt. Aber es hat zu wenige Teilnehmer und es wurde zu wenig eingehalten. Insgesamt sind die CO₂-Emissionen in der Laufzeit des Kyoto-Protokolls rapide angewachsen.

€uro: Warum sollte das mit einem neuen Abkommen besser klappen?

Falkenberg: Zum einen müssen alle mitmachen. Das Kyoto-Protokoll wurde in den USA nicht ratifiziert, für die Entwicklungsländer ergaben sich daraus keine Verpflichtungen. Und Russland hat nur zugestimmt, weil es erhebliche Emissionsrechte erhalten hat. Kopenhagen wäre ein Erfolg, wenn alle zustimmen und es keine Extraaktionen für bestimmte Teilnehmer gibt.

€uro: Was passiert, wenn sich die Teilnehmer nicht einigen?

Falkenberg: Jeder Tag, an dem wir unsere CO₂-Emissionen nicht reduzieren, verteuert das Problem – und zwar exponentiell. Das ist inzwischen aber allen bewusst. Und das spürt man auch.

€uro: Dennoch sieht es nicht so aus, als könnten sich die Staaten in Kopenhagen auf ein rechtlich bindendes Abkommen einigen.

Falkenberg: Ich finde, es wird viel zu viel auf die Formulierung „rechtlich bindend“ geachtet. Schließlich ist Kyoto ein rechtlich bindendes Abkommen, das aber keiner eingehalten hat.

€uro: Aber wie könnten die Klimaziele effektiv durchgesetzt werden?

Falkenberg: Es ist wichtig, dass die Ziele, die wir uns international setzen, in das jeweilige Landesrecht übertragen werden. Auf diese Weise sind sie dort rechtlich verbindlich und man kann sie einklagen. Darüber hinaus müssten die Länder regelmäßig berichten, wie sie ihre Verpflichtungen umgesetzt haben. Alle, die nicht mitspielen, werden sehr deutlich international kritisiert werden.

€uro: Kritisiert oder auch sanktioniert?

Falkenberg: Wir haben wenig Sanktionsmöglichkeiten. Wir können nicht mit Handelssanktionen drohen wie die Welthandelsorganisation. Wir müssen Überzeugungsarbeit leisten.

Das ausführliche Interview lesen Sie unter www.euro-magazin.de